

## PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 113  
Thema: Bundesdruckerei

Redaktion: Michael Thiedemann  
Datum: 20. März 2007

### **WANSNER: BUNDESDRUCKEREI IN KREUZBERG ERHALTEN – AUCH GEGEN ROT-ROTES DESINTERESSE**

Der Arbeitsmarktexperte der CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER**, erklärt:

„Die Fraktionen von SPD und Linkspartei haben offenbar kein Interesse an einer Debatte über das dringliche Thema `Bundesdruckerei`. Nachdem Rot-Rot es bereits in der vergangenen Woche im Ausschuss für Arbeit abgelehnt hatte, sich auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem Thema `Erhalt der Bundesdruckerei in Kreuzberg-Friedrichshain´ zu beschäftigen, erwirkten CDU, Grüne und FDP eine Sondersitzung des Ausschusses am gestrigen Montag. Hier verneinte die rot-rote Mehrheit ebenso die Dringlichkeit, wie auch im Wirtschaftsausschuss am selben Tag. Die parlamentarische Debatte ist damit um vier weitere Wochen vertagt worden.

Das Thema drängt jedoch, da einerseits im Falle einer weiteren Veräußerung der Druckerei der Einfluss auf besondere hoheitliche Aufgaben und Produkte verloren ginge, und andererseits ein wesentlicher Druckauftrag eines neuen chipbasierten elektronischen Personalausweises seitens der Bundesregierung eventuell zur Ausschreibung auf internationaler Ebene kommen könnte. Beides würde den Standort Kreuzberg nachhaltig gefährden. Vor allem geht es um den Erhalt der mehr als 1.300 Arbeitsplätze.

In unserem Antrag (DS 16/219) haben wir auf die entscheidenden Punkte hingewiesen:

- Der Bund soll zur Wahrung der deutschen Sicherheitsinteressen im Rahmen einer erneuten Veräußerung wieder Anteile an der Bundesdruckerei erwerben,
- die Bundesdruckerei soll als eigenständiges Unternehmen mit Hauptsitz in Berlin erhalten bleiben,
- dabei muss die Lebensfähigkeit der Bundesdruckerei durch die Erteilung von Aufträgen im nationalen, hoheitlichen Bereich sichergestellt werden.

Wir fordern die Koalition erneut auf, endlich aktiv zu werden, und sich um das Thema Bundesdruckerei zu kümmern. Was wir nicht brauchen, ist ein weiterer Werkstor-Auftritt des Regierenden Bürgermeisters zu einem Zeitpunkt, wo unter Umständen nichts mehr geht.“